

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Hofer-Gruber an Landesrätin für Wirtschaft, Tourismus und Sport
Dr. Petra Bohuslav gemäß § 39Abs. 2 LGO 2001

betreffend: "Nachhaltigkeitskonzept im Tourismus und Umgang mit Bürgerinitiativen in
Mönichkirchen"

Im Magazin RaumDialog Nr. 1/2019 schreibt die Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner
*„Räume neu zu denken‘ ist für uns in Niederösterreich ein Arbeitsgrundsatz auf dem Weg in
die Zukunft.“*

Die Begründung für diese Maxime lieferte sie sogleich nach: *„nicht zuletzt deshalb, weil
unser Lebensraum begrenzt ist und wir mit Ressourcen wie Raum und Boden bzw. Fläche
sparsam umgehen müssen.“*

Eine angesichts zunehmender Flächenversiegelung, internationaler Verpflichtungen im
Kampf gegen die globale Erwärmung und nicht zuletzt im Sinne nachhaltiger Wirtschaft und
Lebensqualität für die Bewohner der Regionen Niederösterreichs wichtige Erkenntnis.

Die Landeshauptfrau geht in ihrer Aussage jedoch noch einen bedeutenden Schritt weiter. So
nennt sie die *„Ortskernbelebung bzw. die Innenentwicklung, welche im Bundesland seit
Jahrzehnten Thema in Dorf- und Stadterneuerung, der Wohnbauforschung, der Wirtschaft
sei.“*

Zweifelsohne gilt es bei Entscheidungen zur Raumordnung stets verschiedenste Interessen
abzuwägen und gerade in kleinen Gemeinden kann eine solche Entscheidung nicht immer
leicht sein. Die Landeshauptfrau hat hierfür jedoch selbstverständlich eine Lösung parat:
Bürgerbeteiligung und fundierte Aufbereitung von Planungsgrundlagen und Abschätzungen
der Auswirkungen durch Experten.

Denn laut der Landeshauptfrau gewinnen alle bei solchen Prozessen. So wird, wenn *„alle
Beteiligten ihr Know-how einbringen, daraus ein Gewinn für die Bevölkerung durch neue
Angebote, die Qualität des Lebensraums durch sinnvolles, konfliktfreies Ordnen der
Nutzungen, die Gemeinde durch eine ganzheitliche Planung und ein lebendiges Zentrum,
Wirtschaft und Wohnbau durch neu genutzte Flächen und die Ortsplanung als Partner in
einem umfassenden Gemeindeentwicklungsprozess.“*

Abschließend erklärt sie *„dieses Wohl aller Beteiligten in Niederösterreich zu unserem
obersten Ziel.“*

Auch Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf schlägt im Vorwort in eine ähnliche
Kerbe und betont, dass die *„Neuwidmung von Bauland kurzfristig viele GewinnerInnen
erzeugt, Verluste an landwirtschaftlicher Produktionsfläche, an Retentionsraum, an
klimatischer Ausgleichsfunktion, an landschaftlichen Qualitäten, aber auch an finanziellem
Spielraum für die Gemeinden durch die wachsenden Verpflichtungen zur Erhaltung der
Infrastruktur jedoch zumeist schleichend erfolgen.“*

In Mönichkirchen, einem heilklimatischen Kurort mit knapp 600 Einwohnern am östlichen Ende des Wechselgebirges, fragen sich die Einwohner, ob die von den Regierungsspitzen aus den Reihen der ÖVP formulierten Aussagen auch gelebt werden.

Dort wird seitens der sich nahezu gänzlich (92,6%) im Eigentum des Landes Niederösterreich befindlichen Skiliftbetreibergesellschaft „Skischaukel Mönichkirchen-Mariensee“ nun ein Parkplatzprojekt geplant. Dieser neue Parkplatz soll auf einer noch zu rodenden Waldfläche, derzeit ein Erholungswald in unmittelbarer Nähe des Ortes, errichtet werden und ist mit ca. 1,2 Hektar für rund 250 Autos ausgelegt. Diese Parkplätze sollen nicht die Grundlast, sondern lediglich Besucherspitzen an wenigen Wochenenden im Jahr ausgleichen, zumal bereits ein Parkplatz mit einer Fläche von 1,8 Hektar vorhanden ist.

Zur Einbringung ihres Know-Hows formierte sich eine Bürgerinitiative, welche durch ihre Schreiben und Gesprächsversuche gemeinsam mit Mitbürgern, dem Gemeinderat, dem Bürgermeister und dem Liftbetreiber Lösungsalternativen für die Waldrodung erarbeiten wollte. Dabei stieß sie jedoch nicht nur auf taube Ohren, sondern auch auf erheblichen Gegenwind.

Die Bürgerinitiative formierte sich im März 2019 aufgrund der „zurückhaltenden“ Informationspolitik seitens der Gemeinde. So sorgte es für Verwunderung, dass ein derart bedeutendes Projekt mit keinem Wort in der Gemeindezeitung, dem wichtigsten Informationsblatt für Gemeindepolitik, erwähnt wurde. Auf direkte Bürgeranfragen reagierte der Bürgermeister ausweichend und mit Desinformation. So wurde diesbezüglich kommuniziert, dass der Parkplatz ohnehin fix gebaut werden würde und eingebrachte Stellungnahmen keinerlei Einfluss hätten.

Nach einer Aussprache zwischen den Beteiligten war schnell klar, dass die Forderungen engagierter Bürger nicht einmal im Ansatz erfüllt wurden. Gefordert wurde:

- Die Erstellung eines nachhaltigen Verkehrskonzepts durch Experten und Beteiligte
- Die Evaluierung alternativer Flächen außerhalb des Orts
- Ein Informationstag für die Mönichkirchner Bürger und Bürgerinnen
- Offenlegung der Investitionssumme
- Stellungnahmen von Ecoplus und den Verantwortlichen des Landes NÖ
- Auskunft über geplante Besucherzahl der Skischaukel in Zukunft
- Einstellung der Salzstreuung im Ortsgebiet
- Evaluierung eines elektronischen Parkleitsystems
- Vorläufige Aussetzung des Gemeinderatsbeschlusses zur Umwidmung
- Erörterung eines nachhaltigen Tourismuskonzepts

Die Bürgerinitiative kontaktierte zahlreiche Politiker und Entscheidungsträger direkt und startete eine Petition, welche in Kürze 1300 Unterschriften erzielte. Das Resultat scheint sich hauptsächlich in Desinteresse seitens der Adressaten zu zeigen. Eine nachhaltige Lösung, welche im Zusammenwirken aller von diesem Projekt betroffenen Kräfte gefunden werden könnte, scheint dem Weg des geringsten Widerstands, in diesem Fall der einfachsten Lösung, zu weichen. Dieser führt jedoch zu mehr (Durchzugs-)Verkehr durch den Ort, weniger kurörtlicher Lebensqualität und mehr Flächenversiegelung.

Ein seitens der Grünen und NEOS unterstützter Antrag im Landtag, vom Bau des projektierten Parkplatzes in Mönichkirchen Abstand zu nehmen und gemeinsam mit der

Gemeinde ein Konzept für ein Skigebiet zu erarbeiten, das mit Skibussen bzw. Shuttle-Diensten erreichbar ist, wurde von SPÖ, FPÖ und der ÖVP abgelehnt.

In Zeiten des Klimawandels wird die Sommersaison mit Wanderungen, Mountainbike und Sommerfrische nicht nur attraktiver, sondern auch immer länger. Gerade für Skigebiete in niedrigen Lagen sehen zahlreiche Experten langfristig keine wirtschaftliche Zukunft. Gleichzeitig mit der globalen Erwärmung, deren Ausmaße mittlerweile auch in Österreich deutlich zu spüren sind, steigt das Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung für klimaverträglichen, nachhaltigen Urlaub.

In Wien, von wo ein Großteil der Skitouristen anreist, sinkt die PKW-Dichte, also die Anzahl der PKWs pro Kopf, ständig und lag im Jahr 2017 nur mehr bei 371 PKWs auf 1 000 Einwohner (vgl. Niederösterreich mit 641).

Mönichkirchen als Ausflugsziel für klassische Kurzurlaube (Tages- oder Wochenendtrips) könnte besonders bei der nichtmotorisierten Gesellschaft eine hohe Anziehungskraft haben. Allein es fehlt der Wille, ein mutiges und nachhaltiges Verkehrs- und Tourismuskonzept umzusetzen, von dem langfristig alle profitieren. Dazu ist es auch wichtig, Menschen in den Ort zu bringen und nicht lediglich durch den Ort.

Als wirtschaftlicher Eigentümer der Skischaukel Mönichkirchen-Mariensee kann und darf sich das Land Niederösterreich nicht aus seiner Verantwortung stellen.

Der Gefertigte stellt daher an die Landesrätin für Wirtschaft, Tourismus und Sport Dr. Petra Bohuslav folgende

Anfrage

1. Sind Sie über die Vorgänge in Mönichkirchen informiert?
2. Welche konkreten Handlungen wurden Ihrerseits nach Erstinformation unternommen?
3. In welcher Weise wurde von Ihnen sichergestellt, dass alle Beteiligten ihren Standpunkt und ihr Know-How einbringen konnten?
4. In welcher Hinsicht entspricht die Art und Weise der Durchführung dieses Projekts einem „sinnvollen, konfliktfreien Ordnen der Nutzungen“?
5. Wurden im konkreten Fall Maßnahmen für die Ortskernbelebung getroffen?
 - 5.1. Wenn ja, welche?
 - 5.2. Wenn nein, warum nicht und in welcher Hinsicht entspricht dies der Vision der Landeshauptfrau?
6. Wurden Maßnahmen ergriffen, das oberste Ziel der Landeshauptfrau, das „Wohl aller Beteiligten in Niederösterreich“, sicherzustellen?
 - 6.1. Wenn ja, welche waren dies genau?
 - 6.2. Wenn nein, warum nicht?
7. Wurde der Bürgerinitiative die Möglichkeit eingeräumt, mit den verantwortlichen Personen in Kontakt zu treten?
 - 7.1. Wenn ja, wann und wodurch geschah dies jeweils und mit welchem konkreten Ergebnis?
 - 7.2. Wenn nein, warum nicht?

8. Auf welche Weise wurde sichergestellt, dass die Bewohner Mönichkirchens ausreichend und frühzeitig vom geplanten Projekt informiert wurden?
9. Wurden alle gesetzlichen Bestimmungen zur Information der Bürger und Bürgerinnen eingehalten?
 - 9.1. Wenn ja, wie wurde jeweils kundgemacht?
 - 9.2. Wenn nein, warum nicht?
10. Wurden Expertengutachten zur Evaluierung des Parkplatzbedarfs und zu Auswirkungen der zusätzlichen Verkehrsbelastung auf die Einwohner und Nächtigungsgäste Mönichkirchens eingeholt?
 - 10.1. Wenn ja, welche Experten wurden von wem dafür beauftragt und zu welchem konkreten Ergebnis kamen diese??
 - 10.2. Wenn nein, warum nicht und inwiefern entspricht dies einer fundierten Aufbereitung von Planungsgrundlagen?
11. Sind im Rahmen des Skiliftbetriebs (auch in Zusammenhang mit dem Parkplatzneubau) weitere Veränderungen des Ortsbilds geplant (zusätzliche Parkplätze, Verbreiterung von Straßen, etc.)?
 - 11.1. Wenn ja, welche Pläne gibt es?
 - 11.2. Wenn ja, wurde die Bevölkerung Mönichkirchens davon informiert und auf welchem Wege geschah dies?
12. Wurden Alternativen zum Neubau von Parkplätzen am geplanten Ort evaluiert?
 - 12.1. Wenn ja, von wem und mit welchem Ergebnis?
 - 12.2. Wenn nein, warum nicht?
13. Gibt es Schätzungen zur Frage, auf wie viele Jahre, der Skibetrieb in Mönichkirchen weiterhin aufrechterhalten werden kann?
 - 13.1. Wenn ja, was sagen diese Schätzungen und inwiefern wurde diesen Beachtung geschenkt?
 - 13.2. Wenn nein, inwiefern entspricht dies einer fundierten Aufbereitung von Planungsgrundlagen?
14. Wurde evaluiert, welche Auswirkungen die zusätzlichen Gäste auf die Qualität, Sicherheit und Rentabilität des Skigebiets haben?
 - 14.1. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - 14.2. Wenn nein, warum nicht?
15. Sofern von einer tatsächlichen Notwendigkeit des Parkplatzes ausgegangen werden kann:
 - 15.1. Wer trägt die Mehrkosten für die Straßensanierung aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens?
 - 15.2. Ist die enge Ortsstraße für das erhöhte Verkehrsaufkommen ausgelegt?
 - 15.3. Wie wird eine sichere An- und Abfahrt auch bei widrigen Wetterbedingungen sichergestellt?